

# «Die einfachste Lösung»: Schweiz soll auf sechs Kampfjets verzichten

- 06.07.2025
- SonntagsZeitung
- Adrian Schmid

Ausweg aus dem F-35-Debakel: Politiker und Militärvertreter schwenken auf einen Kompromiss ein: Der Bund könnte mit 30 statt 36 Flugzeugen Mehrkosten abwenden. Es ist eine einfache Dreisatzrechnung: 36 Kampfjets kosten neu circa 7 Milliarden Franken. Wie viele bekommt man, wenn man nur 6 Milliarden ausgeben darf? Es sind rund 30. Nun zeigt sich, dass diese Rechnung gar nicht abwegig ist. Aufgrund der drohenden Mehrkosten stösst die Idee, weniger F-35 zu kaufen, auf immer mehr Zuspruch.

Die Befürworter argumentieren aus zwei Gründen für eine Reduktion: Erstens lehnen sie einen Ausstieg aus der laufenden Beschaffung, wie es Linke fordern, ab. «Es gibt keine Alternative zur F-35», sagt FDP-Ständerat Josef Dittli. Es sei zu spät, um auf ein anderes Flugzeug umzusteigen. Grund dafür ist, dass die alten F/A-18 Anfang der 2030er-Jahre ans Ende ihrer Nutzungszeit gelangen. Reduktion gab es schon bei einem anderen Skandal: Zweitens hat das Volk beschlossen, dass für den Kauf neuer Kampfjets 6 Milliarden Franken zur Verfügung stehen.

Für SVP-Nationalrat Thomas Hurter ist es deshalb ein No-go, Mehrkosten über einen Nachkredit zu bewilligen. Der ehemalige Berufsmilitärpilot spricht sich stattdessen für einen Kompromiss mit den USA aus: «Die einfachste Lösung ist, weniger Kampfflugzeuge zu beschaffen.» Bereits beim Mirage-Skandal in den 1960er-Jahren senkte die Schweiz die Zahl der Kampfjets. Weil die Kosten explodierten, wurden damals 57 Maschinen beschafft. Ursprünglich wollte man 100.

Jetzt hat die Schweiz 36 Kampfjets bestellt. Gemäss Stefan Holenstein, Präsident des Verbands Militärischer Gesellschaften, ist das ein «absolutes Minimum». Nötig wären seiner Meinung nach 72 Flugzeuge. Doch auch er lenkt ein. «Wenn es nicht anders geht, müssen wir die Zahl der Kampfjets reduzieren.

» Holenstein nennt nicht nur eine konkrete Zahl, er skizziert auch einen Plan. «In einer ersten Phase könnte man 30 Kampfjets beschaffen», sagt er. Der Rest würde dann später nachbeschafft. «Das tut weh und sendet abermals ein schlechtes Signal ans Ausland, aber es ist für uns in der gegenwärtigen Situation ein gangbarer Weg.» FDP-Politiker Dittli sieht es ähnlich: «Der Bundesrat muss mit den 6 Milliarden so viele F-35 wie möglich beschaffen.

» Wenn das Geld nicht für 36 reicht, werde man nachbestellen müssen, sagt er. Die Variante wird auch im Verteidigungsdepartement VBS diskutiert. Der Chef der Armee, Thomas Süssli, hat kürzlich in einem Interview mit Radio SRF davon gesprochen, die «Menge anzupassen». Selbst im linken Lager gibt man sich kompromissbereit. «Die Anzahl F-35 zu reduzieren, ist eine prüfungswürdige Variante», sagt SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf.

Voraussetzung dafür sei aber, dass die Armee vermehrt auf Drohnen setze. Ihrer Meinung nach braucht die Schweiz eine Neukonzeption der Luftverteidigung mit Kampfjets und Drohnen. «Die aktuelle Strategie ist überholt, weil sie aus der Zeit vor dem Ukraine-Krieg stammt.» Bundesrat prüft alle Optionen bei den F-35. Es gibt aber noch offene Fragen: Wäre eine Reduktion überhaupt möglich - ohne dass die Schweiz gegenüber den USA vertragsbrüchig würde? Könnte mit dem Verzicht auf sechs Jets tatsächlich 1 Milliarde eingespart werden? Theoretisch wäre es auch möglich, dass sich bei einer tieferen Stückzahl der Preis pro Maschine erhöht. Und wie würde sich das auf die Folgekosten auswirken? Das VBS liefert keine Antworten.

«Derzeit können wir keine weiteren Aussagen machen», heisst es auf Anfrage. Der Bundesrat schliesst eine Anpassung der Bestellung nicht aus. Zuerst will die Landesregierung den Preis mit dem amerikanischen Staat, über den der Deal abgewickelt wird, nachverhandeln. Der neue

Verteidigungsminister Martin Pfister sagte vorletzte Woche aber, dass man sich an den Volksentscheid für 6 Milliarden halten werde. Wenn das aufgrund des Verhandlungsergebnisses nicht möglich sei, müsse die Schweiz vielleicht einen Zusatzkredit beantragen - oder weniger Jets kaufen.

Mitte-Ständerätin Andrea Gmür hingegen findet, dass die Schweiz jetzt nicht voreilig nachgeben dürfe. Sie müsse in den Verhandlungen mit den USA am Fixpreis festhalten. «Ein Powerplay lohnt sich.»